

---

**214/UEA XXV. GP**

---

**Eingebracht am 08.07.2014**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Unselbstständiger Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Franz Kirchgatterer, Josef Riemer, Mag. Alev Korun, Dr. Nikolaus Scherak, Christoph Hagen

Kolleginnen und Kollegen

zu TOP 17 Antrag 516/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Franz Kirchgatterer, Kolleginnen und Kollegen

### **betreffend moderne Formen von Sklaverei im 21. Jahrhundert**

Sklaverei ist kein Phänomen der Vergangenheit sondern eine traurige Realität für Millionen von Menschen. Ende Mai hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) einen schockierenden Bericht über Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung im 21. Jahrhundert präsentiert. Die Bestandaufnahme zeigt, dass weltweit 21 Mio. Menschen in neuen Formen von Sklaverei ausgebeutet werden, darunter 5,5 Mio. Kinder. Aus dem Geschäft mit der „Ware Mensch“ ergeben sich jährlich 150 Mrd. Dollar Profit, allein 99 Mrd. werden durch kommerzielle sexuelle Ausbeutung erwirtschaftet. Leider entfällt von diesen 21 Millionen Menschen eine Zahl von 800.000 Menschen auf die Europäische Union.

Andere Formen von Sklaverei sind Menschenhandel oder Zwangsverheiratung. So wird den am 15. April des Jahres von der Islamistengruppe Boko Haram im Nordosten Nigerias entführten Mädchen von den Terroristen mit Versklavung durch Zwangsverheiratung etc. gedroht. Es ist nicht das erste Mal, dass die Boko Haram junge Frauen kidnappt und sexuelle Gewalt als Kampfmittel einsetzt, wie Überlebende solcher Entführungen berichten.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung wird ersucht, sich für eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit gegen moderne Formen der Sklaverei, darunter Menschenhandel zum Zweck der sexuellen oder anderen Ausbeutung und Zwangsarbeit, sowie gegen Zwangsverheiratung einzusetzen.“*